

QUARTALSBERICHT

**Projektland:
Zentralasien
(Kirgisistan, Tadschikistan, Kasachstan)**

Quartal/Jahr: 4/2011

SCHLAGZEILEN (Politische und wirtschaftliche Entwicklung)

1. Kirgisistan

- Am 30. Oktober 2011 fanden in Kirgisistan Präsidentschaftswahlen statt.
- Im Dezember 2011 bildete sich im kirgisischen Parlament eine neue Regierungskoalition, deren Kandidaten zum Parlamentssprecher und neuen Ministerpräsidenten die notwendige Vertrauensabstimmung gewinnen konnten.

2. Tadschikistan

- In Russland nehmen die Fälle von Gewaltanwendung gegen tadschikische Arbeitsmigranten zu.
- Die Verurteilung eines russischen Piloten in Tadschikistan führt zu einer diplomatischen Krise mit Russland.
- Usbekistan behindert die Transitdurchfahrt von für Tadschikistan bestimmten Gütern.
- Der tadschikische Präsident stattet Deutschland einen offiziellen Besuch ab.
- Die Diskussion um die Rolle des Islam in der tadschikischen Gesellschaft hat sich verschärft.

3. Kasachstan

- Terroristische Aktivitäten in Kasachstan nehmen zu.
- In Kasachstan werden am 15. Januar 2012 vorgezogene Parlamentswahlen durchgeführt werden.
- Im Westen Kasachstans finden seit einigen Monaten Massenunruhen statt.

1. KURZBERICHT POLITIK

1.1 Kirgisistan

Kirgisistan hat die ersten Präsidentschaftswahlen nach dem Volksaufstand vom April 2010 im Rahmen der neuen Verfassung vom Juni 2010 hinter sich. Es ist zu hoffen, dass das Land nun wieder zur Normalität zurückkehren wird, bei der die Lösung der andauernden sozio-ökonomischen und inter-ethnischen Probleme im Vordergrund steht. Gewinner der friedlich verlaufenden Präsidentschaftswahl vom 30. Oktober 2011 war unter 16 Kandidaten Almasbek Atambajew, der vor seiner Kandidatur bereits die kirgisische Regierung als Ministerpräsident angeführt hatte. Man kann von freien Wahlen sprechen, bei denen die Wähler nach „ihrem Herzen“ abstimmen konnten. Erfreulich ist auch zu vermerken, dass die jugendlichen Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. Die unterlegenen Kandidaten haben nach anfänglichem Protest mittlerweile das Ergebnis der Wahl anerkannt.

(siehe hierzu auch den Politischen Sonderbericht der HSS vom 01.11.2011 zum Thema „Kirgisistan nach den Präsidentschaftswahlen“ unter www.hss.de)

Nach der Wahl des bisherigen kirgisischen Ministerpräsidenten Almasbek Atambajew zum neuen Staatspräsidenten und dessen offizieller Amtsübernahme am 1. Dezember 2011 war nach der geltenden kirgisischen Verfassung die Bildung einer neuen Regierungskoalition im kirgisischen Parlament notwendig geworden.

Mit dieser Aufgabe hatte der neue kirgisische Präsident anschließend den Vorsitzenden der Parlamentsfraktion der „Sozialdemokratischen Partei Kirgisistans (SDPK)“, Tschinibay Tursunbekow, beauftragt. Am 16. Dezember 2011 erklärte dieser, dass im kirgisischen Parlament eine neue Mehrheitskoalition aus vier der fünf vertretenen Parteien gebildet worden sei. Bei den Parteien handelt es sich um die SDPK, die Partei „Respublika“ (Republik), die Partei „Ar Namys“ (Ehre) und die Partei „Ata Meken“ (Vaterland). Im veröffentlichten Koalitionsvertrag wurden als Hauptaufgaben der neuen Koalition die folgenden Bereiche festgelegt: „Institutionalisierung einer landesweiten, transparenten und gewissenhaften öffentlichen Verwaltung, die ausschließlich im Interesse des Volkes handelt; die Erhöhung der Verantwortung der Staatsorgane vor dem Volke; die Vereinigung aller staatlichen Machtorgane für die kompromisslose Korruptions- und Kriminalitätsbekämpfung; höhere Effektivität und bessere Koordinierung bei der Arbeit von Parlament und Regierung; sowie Bildung eines unabhängigen und gerechten Justizsystems“.

Am 19. Dezember 2011 stellte der von der neuen Mehrheitskoalition einstimmig ernannte Ministerpräsidenten-Kandidat, Omurbek Babanow, den Entwurf der neuen Regierungsstruktur vor. Durch den Abbau von vier Ministerien und drei staatlichen Komitees soll es im nationalen Haushalt zu großen Einsparungen kommen. In diesem Zusammenhang sollen auch die Stellen von 3.260 Öffentlich Bediensteten abgebaut werden. Die neue Struktur der kirgisischen Regierung sollte 14 Ministerien, 1 staatliches Komitee, 6 staatliche Agenturen, 8 staatliche Dienststellen, 2 staatliche Inspektionsstellen und 3 nationale Fonds umfassen. Dabei wurde auch vorgeschlagen, dass neben dem Amt des 1. Vize-Ministerpräsidenten die weiteren drei Vize-Ministerpräsidenten sich die Ressorts „Wirtschaft und Investitionen“, „Soziales“ und

„Leitung des Regierungsapparats“ teilen. Die in der neuen Regierungsstruktur vorgesehenen Ministerien sind: Wirtschaft und Antimonopol-Politik, Land- und Forstwirtschaft, Straßen und Transport, Energie, Finanzen, Kultur und Tourismus, Justiz, Verteidigung, Katastrophenschutz, Innere Angelegenheiten, externe Politik, Gesundheit, Wissenschaft und Bildung sowie Sport und Jugend.

Am 21. Dezember 2011 wurde der Kandidat der neuen Mehrheitskoalition, Asylbek Scheenbekow, vom kirgisischen Parlament mit 78 von 120 Stimmen zum neuen Sprecher gewählt.

Am 23. Dezember 2011 haben die Abgeordneten des kirgisischen Parlaments auf ihrer außerordentlichen Sitzung die neue Struktur der kirgisischen Regierung, ihre personelle Zusammensetzung und die Ernennung von Omurbek Babanow zum neuen Ministerpräsidenten mit breiter Mehrheit bestätigt. Für die neue Regierungsstruktur stimmten 114 der anwesenden 118 Abgeordneten, für das neue Regierungsprogramm stimmten 116 Abgeordnete und für die Zusammensetzung der neuen Regierung (Ministerpräsident und Minister) 113 Abgeordnete.

Erfreulich an der neuen Regierungsbildung ist, dass viele Minister der alten Regierung (Außenminister, Innenminister, Energieminister, Minister für Wissenschaft und Bildung, Sport- und Jugendminister, Kultur- und Tourismusminister) im Amt geblieben sind und so Kontinuität in der Regierungsarbeit gewahrt werden kann. Erfahrung bringt auch der neue Finanzminister mit, der dieses Amt bereits unter früheren Ministerpräsidenten innehatte. Für die kirgisische Politik unüblich, aber auch bemerkenswert ist die Tatsache, dass ein erfahrener kirgisischer Experte (Nicht-Parlamentarier) für das Amt des Ministers für Wirtschafts- und Antimonopol-Politik ernannt worden ist.

Am 24. Dezember 2011 hat Präsident Almazbek Atambajew den Erlass über die Ernennung des neuen Ministerpräsidenten und der Minister der neuen Regierung unterschrieben.

1.2 Tadschikistan

Die Arbeitsbedingungen der fast eine Million Tadschiken in Russland, die als Folge von hoher Arbeitslosigkeit und Armut ihre Heimat verlassen haben, sind Formen moderner Sklaverei ähnlich. Tadschiken sind auch diejenige Gruppe unter den Arbeitsmigranten, die am häufigsten Opfer rassistisch motivierter Gewalt werden. Tadschikistan ist wegen dieser immer häufiger werdenden Fälle von Gewaltanwendung gegenüber tadschikischen Arbeitsmigranten in Russland besorgt und befürchtet, dass daraus ein ernsthafter Schaden für die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern entstehen könnte. Eine entsprechende offizielle Erklärung wurde am 30. November 2011 während eines offiziellen Treffens zwischen den Vertretern des tadschikischen Außenministeriums und dem russischen Botschafter in Tadschikistan abgegeben. Die tadschikische Seite forderte, dass Russland bei der Suche und Bestrafung der für die Übergriffe Verantwortlichen mit aller Härte vorgehen sollte und Aktionen zur Verhinderung ähnlicher zukünftiger Fälle ergriffen werden müssten. Nach Angaben der Weltbank betrug im Jahre 2011 die Geldüberweisungen der tadschikischen Arbeitsmigranten in Russland etwa 2,7 Milliarden USD, was 35 Prozent des BIP des Landes ausmachte.

Die tadschikischen Arbeitsmigranten werden oft auch zum „Spielball“ der Politik, wie das folgende Beispiel zeigt: Am 12. März 2011 wurden ein russischer und ein estnischer Pilot, die aus Kabul kommend angeblich aus Treibstoffmangel in der tadschikischen Stadt Kurgan-Tube notgelandet waren, festgenommen und anschließend wegen Schmuggels und illegalem Grenzübertritt jeweils zu 8,5 Jahren Haft verurteilt. Dieses Urteil rief in Russland Empörung hervor. Nachdem die russischen Behörden am 8. November 2011 begonnen hatten, hunderte tadschikische Migrationsarbeiter festzunehmen, um sie in ihre Heimat abzuschicken, hat die tadschikische Seite die beiden Piloten freigelassen.

Am 13. Dezember 2011 hat die Direktorin des Verbindungsbüros des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (UN WFP), Frau Alzira Ferreira, erklärt, dass die Entscheidung Usbekistans, den Eisenbahnverkehr nach Tadschikistan zu stoppen, eine akute Gefahr für die Ernährungssicherheit der tadschikischen Bevölkerung darstelle. Es sei daran erinnert, dass UN WFP etwa 500.000 Menschen und 2.000 Schulen im Gebiet Chatlon im Süden Tadschikistans mit humanitärer Hilfe versorgt. Die usbekische Seite begründet die Unterbrechung der Bahnstrecke Amusang – Chatlon mit der Zerstörung eines wichtigen Brückenträgers als Folge eines terroristischen Anschlags. Die tadschikische Seite wiederum vermutet politische Gründe, nachdem das Verhältnis zwischen den beiden Ländern in den letzten Jahren sehr angespannt war. Bereits 23 Züge, die von der UN WFP gechartert wurden und mit Nahrungsmitteln vollbeladen sind, sitzen in Usbekistan fest.

Vom 14. bis 16. Dezember 2011 fand ein dreitägiger offizieller Staatsbesuch des tadschikischen Präsidenten, Emomali Rahmon, in Deutschland statt. Auf dem Programm standen dabei Treffen mit dem Bundespräsidenten, der Bundeskanzlerin, sowie dem Präsidium des Deutschen Bundestags. Ein Unternehmerforum und die Eröffnung des neuen Gebäudes der tadschikischen Botschaft in Deutschland waren weitere wichtige Punkte des Staatsbesuchs.

Während des Treffens von Präsident Rahmon mit Bundespräsident Christian Wulff wurden politische, sozioökonomische, wissenschaftliche und kulturelle Fragen der bilateralen Zusammenarbeit erörtert. Beide Seiten drückten ihre Zufriedenheit über den derzeitigen Stand der Kooperation aus. Der tadschikische Präsident nannte Deutschland „einen alten und zuverlässigen Partner Tadschikistans auf der internationalen Bühne“. Er betonte, dass „Deutschland in der Europapolitik seines Landes einen besonderen Platz einnehme“. Besonderes Augenmerk während des Treffens zwischen beiden Präsidenten wurde auf die Situation in Afghanistan gelegt. Christian Wulff betonte die Bereitschaft Deutschlands zur aktiven Teilnahme an der 5. RECCA-Konferenz („Regionale Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Afghanistan“), die im März 2012 in Tadschikistan stattfinden wird. „Deutschland unterstützt auch den Beitritt Tadschikistans zur Welthandelsorganisation“, betonte Bundespräsident Wulff.

Das Treffen mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel diente der Erörterung verschiedener Aspekte der vielseitigen Zusammenarbeit zwischen Tadschikistan und Deutschland. Besondere Aufmerksamkeit wurde von beiden Seiten auf die Entwicklung von ständigen politischen Kontakten und engen wirtschaftlichen Beziehungen (Energie, Transport und Kommunikation), sowie den Ausbau der Kooperation im Bildungs-, Gesundheits- und Sicherheitsbereich gelegt. Die tadschikische Seite brachte

ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass Deutschland bei der Entwicklung des nationalen Bergwerksektors, der Nahrungsmittel- und Chemieindustrie, der Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten, des Finanz- und Bankenbereichs, der Kreditgewährung an kleinere Unternehmen, sowie beim Aufbau des Tourismusgewerbes weiter technische Hilfe gewähren wird. Es wurde betont, dass in diesem Zusammenhang die PATRIP-Stiftung („Pakistan, Afghanistan, Tadschikistan Regional Integration Programme“), die mit Unterstützung Deutschlands gegründet worden ist, eine wichtige Rolle spielen wird. Während des Treffens wurde jedoch auch intensiv auf Fragen der Stärkung der Demokratie und der Entwicklung der Zivilgesellschaft in Tadschikistan eingegangen.

Die Diskussion um die Rolle des Islam in der tadschikischen Gesellschaft hat sich verschärft. Viele Experten warnen heutzutage vor der Gefahr einer schleichenden „Talibanisierung“ Tadschikistans. Sie führen in diesem Zusammenhang an, dass die tadschikische Bevölkerung islamisch orientierten Gruppen mittlerweile Sympathie entgegenbringt, weil diese „nach ihrem Befinden nicht korrupt seien wie die heutigen staatlich Bediensteten“. Am 30. Dezember 2011 meldete sich der Leiter der „Ulema“ des Islamischen Rates der Republik Tadschikistan, Herr Saidmukaram Abdukodirsoda, in den Massenmedien mit der Aussage zu Wort, dass das Feiern des Neuen Jahres gegen die Vorschriften des Korans verstoße und auch im Widerspruch zu den nationalen Traditionen der Tadschiken stehe. In der Silvesternacht wurde dann in Duschanbe ein 24-jähriger Mann, der als Weihnachtsmann verkleidet war, ermordet. Hinter der Tat wird eine radikal islamische Gruppe vermutet. Die Täter konnten noch nicht gefasst werden.

1.3 Kasachstan

In den vergangenen Monaten haben Extremisten in Kasachstan vermehrt Anschläge verübt. Begonnen hatte die Anschlagsserie im Mai 2011: Zwei Explosionen in Aktobe und in Astana hatten damals Todesopfer und Verletzte verursacht. Es folgten die Bombenanschläge vom 31. Oktober 2011 in Atyrau. Zuletzt waren dann am 12. November 2011 bei einem Anschlag auf eine Polizeiwache in Taraz sieben Menschen getötet worden, darunter fünf Polizisten. Am 3. Dezember 2011 wurde im Laufe einer speziellen Operation in der Region Almaty eine terroristische Gruppe eliminiert. Zwei Soldaten der eingesetzten Sondereinheit kamen dabei ums Leben. Die Verantwortung für die Anschläge hat bisher nur eine islamistische Gruppierung mit dem Namen „Die Soldaten des Kalifats“ übernommen. Sie droht Kasachstan mit weiteren Gewalttaten, falls das neue „Gesetz über Religion“, in dem das Praktizieren des moslemischen Gebets in öffentlichen Einrichtungen verboten wird, nicht abgeschafft wird. Nach Angaben der kasachischen Generalstaatsanwaltschaft wurde diese Organisation im Jahre 2011 gegründet und ihr Ziel ist es, auf dem Territorium Kasachstans „einen heiligen Krieg (Dschihad) vom Zaune zu brechen“. Die Gruppierung wurde am 30. November 2011 von den kasachischen Gerichten als terroristische Organisation eingestuft und ihre Tätigkeit auf dem Gebiet Kasachstans verboten. Am 18. November 2011 hat das US-Friedenscorps seine Englischlehrer aus Kasachstan zurückgerufen, da „weitere terroristische Akte nicht ausgeschlossen werden können“.

Am 15. Januar 2012 werden in Kasachstan, dem neuntgrößten Staat der Erde, vorgezogene Parlamentswahlen durchgeführt werden. Als aussichtreichster Bewerber

gilt dabei die Partei Nur Otan, die schon bei den letzten Parlamentswahlen im August 2007 mit 88 Prozent der Stimmen sämtliche Sitze gewonnen hatte. Die kasachische Opposition beschuldigt die Regierung, dass der Termin für die Parlamentswahlen absichtlich vorgezogen worden sei, damit es oppositionelle Parteien nicht schaffen, sich rechtzeitig zusammenschließen und sich intensiv auf den Wahlkampf vorzubereiten. Überschattet werden die Wahlen von den Massenprotesten in der Stadt Schangaösen im Westen Kasachstans, den ersten seit der Unabhängigkeit im Jahre 1991.

(siehe hierzu auch den Politischen Sonderbericht der HSS vom 10.01.2012 zum Thema „Vorgezogene Parlamentswahlen in Kasachstan“ unter www.hss.de)

2. KURZBERICHT WIRTSCHAFT

2.1 Kirgisistan

Nach Angaben des „Nationalen Statistischen Komitees der Republik Kirgisistan“ ist das nationale Bruttoinlandsprodukt im Zeitraum Januar – November 2011 im Vergleich zum Vorjahr um 8,5 Prozent auf 5,2 Mrd. USD angestiegen. Gleichzeitig stieg von Januar bis November 2011 das industrielle Produktionsvolumen um 24,1 Prozent auf 3,16 Mrd. USD an.

Die Inflation stieg in Kirgisistan in den ersten elf Monaten des Jahres 2011 um 4,6 Prozent an.

Das Außenhandelsvolumen Kirgisistans betrug im Zeitraum Januar - Oktober 2011 etwa 5 Mrd. USD: Der Export lag bei 1,62 Mrd. USD (Anstieg im Vergleich zum Vorjahr um 31,8 Prozent) und die Einfuhr bei 3,33 Mrd. USD (Anstieg im Vergleich zum Vorjahr um 31,9 Prozent).

Die wirtschaftliche Situation in Kirgisistan hat sich im Jahre 2011 gegenüber dem Vorjahr verbessert. Schwierig war jedoch für die Bevölkerung, dass vor allem die Preise für Lebensmittel stark angestiegen sind. Leider gibt es auch noch viele Probleme beim Export von landwirtschaftlichen Produkten aus Kirgisistan in die von Russland, Kasachstan und Weißrussland neu gegründete Zollunion. Die usbekische Grenze ist für kirgisische Waren immer noch geschlossen. Die bisher sehr niedrigen Löhne von Lehrern, Ärzten und Krankenschwestern sind im Herbst 2011 verdoppelt worden, was jedoch auch zu einer Erhöhung der Inflationsrate führte. Der frühe Wintereinbruch in Kirgisistan hatte die Bevölkerung gezwungen, früh mit dem Heizen zu beginnen, was auch die Ausgaben der einzelnen Haushalte erhöhte. Immer noch sind Kirgisistan, Kasachstan und Usbekistan als Relikt aus der Sowjetunion in einem Energieverbund, der durch schlechte Wartung seiner Anlagen und veraltete Hochspannungsleitungen gekennzeichnet ist, zusammengefasst. Nachdem die Belastung dieses veralteten Netzwerkes in den ersten Wintermonaten 2011 sehr hoch war, ergaben sich mancherorts tagelange Stromausfälle. In vielen kirgisischen Städten (auch in der Hauptstadt Bischkek) organisierte die Bevölkerung deshalb Protestveranstaltungen, auf denen vor allem das Energieministerium kritisiert wurde.

2.2 Tadschikistan

Nach Angaben des „Staatlichen Komitees für Statistik der Republik Tadschikistan“ stieg das Bruttoinlandsprodukt Tadschikistans in den ersten neun Monaten des Jahres 2011 um 7,5 Prozent auf 4,2 Mrd. USD an. Die tadschikische industrielle Produktion im Zeitraum Januar – November 2011 hatte im Vergleich zum Vorjahr um 5,5 Prozent auf 1,3 Mrd. USD zugenommen.

Der Inflationsanstieg in Tadschikistan betrug in den ersten elf Monaten des Jahres 2011 9,1 Prozent.

Das tadschikische Außenhandelsvolumen wuchs in den ersten neun Monaten des Jahres 2011 um 24,3 Prozent auf 3,28 Mrd. USD an. Der Export betrug dabei 951,8 Mio. USD und der Import belief sich auf etwa 2,3 Mrd. USD.

2.3 Kasachstan

Im Zeitraum Januar – November 2011 ist das kasachische Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Vorjahr um 7,5 Prozent gestiegen. Die industrielle Produktion stieg dabei um 3,8 Prozent.

Die Inflation in Kasachstan stieg von Dezember 2010 bis November 2011 um 7 Prozent.

Das Außenhandelsvolumen stieg im Zeitraum Januar – Oktober 2011 im Vergleich zum Vorjahr um 39,7 Prozent: Der Export stieg dabei um 48,2 Prozent auf 71,7 Mrd. USD, der Import um 22,4 Prozent auf 29,4 Mrd. USD.

Alle Angaben basieren auf offiziellen Informationen des „Nationalen Statistischen Komitees der Republik Kasachstan“.

Max Georg Meier

Der Autor ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Bischkek, Kirgisistan

IMPRESSUM

Erstellt: 17.01.2012

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: ijz@hss.de | www.hss.de